

Demokratien im Krieg

Christine Schweitzer /
Björn Aust / Peter Schlotter (Hrsg.)

Strategische Informationen im Krieg¹

Elvira Claßen

Um der Frage nachzugehen, mit welchen Mitteln und Methoden Demokratien Krieg führen, will ich in vier Thesen die Handlungshorizonte der wichtigsten Akteure – Politik/Militär, Massenmedien und zivilgesellschaftliche Gegenöffentlichkeit – problematisieren: Meine *erste* These lautet: Demokratische Gesellschaften sind weder „militärfreundlich“ noch „kriegsbegeistert“. Diese Grundhaltung wird für ihre administrativen Systeme zum Problem, wenn es darum geht, den Einsatz militärischer Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele zu rechtfertigen. Die massenmedial vermittelte politische Kommunikation im Vorfeld und während der Kriege, die die NATO bzw. einzelne ihrer Mitgliedsstaaten seit Ende des Ost-West-Konfliktes geführt haben und auch jetzt im sogenannten „Krieg gegen Terror“, dokumentiert die Beständigkeit dieses Konflikts. Und sie verdeutlicht auch – meine *zweite* These – die Abhängigkeit der kriegführenden Regierungen von einer „erfolgreichen Darstellung“ des Krieges, die kontinuierlich die Kritik an seinen Zielen, Auswirkungen und Perspektiven bekämpfen und den Kriegskonsens zum Zweck des Machterhalts stabilisieren müssen. Diese Abhängigkeit führte in den letzten Jahren – maßgeblich in den US-amerikanischen Informationskriegsstrategien und in Interdependenz zum Bedeutungszuwachs von Information und Kommunikation in modernen Demokratien – zu einer Ausdehnung des „Kampfes um Informationsüberlegenheit“ über die konventionellen Schlachtfelder hinaus auf die internationale, zivile Informationssphäre. Dabei werden die Informationsgesellschaften mit immer radikaleren Kontroll-, Unterdrückungs- und Beeinflussungsmaßnahmen konfrontiert. Meine *dritte* These lautet deshalb: Die strategische Integration der zivilen Information und Kommunikation im und über Krieg in den militärischen Handlungsraum bewirkt einen Militarisierungsschub in den Zivilgesellschaften, der die national und international sanktionierten Rechte auf Informationsfreiheit und Partizipation im demokratischen

¹ Diese schriftliche Fassung des auf der AFK-Tagung gehaltenen Referats bezieht sich weitgehend auf Ereignisse und Daten bis Mitte März 2003; nicht mehr berücksichtigt werden deshalb Verlauf und Auswirkungen des Irak-Krieges ab dem 19. März.

Meinungsbildungsprozess außer Kraft setzt. Ausgehend von meiner ersten These, dass demokratische Gesellschaften jedoch eher kriegskritisch sind, stelle ich die Frage, ob und mit welchen Mitteln sie sich gegen diese neue Form der Militarisierung des „Öffentlichen Raumes“ (Habermas 1962) zur Wehr setzen (können) und leite hieraus meine vierte These ab: Die Zivilgesellschaften reagieren auf die Beeinflussungs- und Kontrolloffensiven des Informationskrieges mit der sukzessiven Herausbildung alternativer Informations- und Kommunikationsstrukturen. Diese Gegenbewegung eröffnet neue Möglichkeiten, die offizielle Darstellung des Krieges (Begründungen, Verlauf, Ergebnisse) zu hinterfragen und zu widerlegen sowie sich in Protestbewegungen zu organisieren.

Der Einfluss der Massenmedien auf die politische Kommunikation und vice versa

Charakteristische Trends in der Kommunikationssituation der Informationsgesellschaften² – die Ausweitung des Medienangebots (Nickel 1999: 84), die Steigerung des Publikumsinteresses an Information und Kommunikation (McQuail 1983: 82f) sowie der Bedeutungszuwachs der öffentlichen, politischen Kommunikation (Jarren 1994: 24f) – konstituieren allgemein den Rahmen für „strategische Informationsinterventionen“ als Methode aktiver politischer Interessenvermittlung und -durchsetzung in gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen, die überwiegend über die Massenmedien lanciert wird. Den Massenmedien wird in demokratischen Systemen die Rolle als „Politikvermittlungsinstanz“ aus verfassungsrechtlicher Sicht explizit zugesprochen: Sie sollen als Legitimationsbeschaffer der Politik agieren und – idealiter – auch die Instanz sein, über die das Publikum den Machteliten seine Wünsche und Interessen mitteilt. Als Leitmedium gilt dabei – aufgrund seines Verbreitungsgrades und der ihm zur Verfügung stehenden Darstellungsmöglichkeiten – das Fernsehen.

Um das eher prekäre Verhältnis zwischen Politik, Öffentlichkeit und Massenmedien beschreiben und erklären zu können, bedient sich die Medien- und Kommunikationswissenschaft hilfreicher Dichotomisierungen wie z.B. „Bühne und Hintergrund“ (Meyrowitz 1987), „Kommunikation vs. Ausdruck“ (Goffman 1983) oder „Entscheidungs- und Darstellungsebene“ (Sarcinelli

² Vgl. z.B. Drucker (1969) zur Bedeutung von Wissen und Information; Bell (1973) zu den wirtschaftlichen, politischen und sozialen Merkmalen sowie Castells (1996) zu den strukturellen Umbrüchen nachindustrieller Gesellschaften.

1994: 40ff): Insbesondere die Einschränkung der Zeitsouveränität für politische Entscheidungen, der Bedeutungszuwachs charismatischer Persönlichkeiten und das medien spezifische Erfordernis der Inszenierung politischer Ereignisse fördern die Aufteilung der politischen Kommunikation in einen Hintergrundbereich, in dem – öffentlich nicht wahrnehmbar – Entscheidungen getroffen werden, und in einen „Bühnenbereich“, in dem symbolisches Handeln nicht nur Souveränität, Gestaltungsmacht und Willensstärke projizieren, sondern auch das Publikumsinteresse binden soll.

In der massenmedialen Präsentation aktueller Ereignisse fokussiert der immanente Zwang zur Komplexitätsreduktion z.B. auf medienwirksame Politiker-Stars (meist Männer) oder auf begriffliche und visuelle Stereotypen (Schlagwörter, ausdrucksstarke Bilder), was inhaltliche Nuancierungen, Widersprüche usw. aber vielfach ausschließt. „Live“-Druck und „Day-by-Day“-Berichterstattung minimieren darüber hinaus die Möglichkeiten, Politik als langfristigen Prozess darzustellen. Differenzierte, komplexe Problemstellungen werden tendenziell aus dem öffentlichen Kommunikationsprozess ausgeblendet. Auch beeinflusst die Abhängigkeit von Aufmerksamkeit, Sympathie, Vertrauen usw. nicht nur die Akteure, sondern auch die kommunizierten Inhalte und die Themenauswahl der Fernsehberichterstattung. Diese 'mediatisierte' Politik hat elementare Auswirkungen auf die demokratische Meinungsbildung: Die öffentliche, politische Kommunikation stabilisiert in einem sich gegenseitig verstärkenden Prozess Machtstrukturen, die sich zunehmend nicht mehr über Fachkompetenz und rationale, politische Diskurse legitimieren, sondern immer mehr über die Darstellungskompetenz³ ihrer Akteure. Die Instrumentalisierung der Medienöffentlichkeit durch strategische Kommunikation fördert zudem die Entstehung von „Zuschauerdemokratien“ (Wassermann 1986), die über die Konstruktion von Medienrealitäten zum Zweck des Machterhalts integriert werden. Meinungsbildungsstrategien wirken dabei nicht nur kurz- und mittelfristig auf gesellschaftliche Informations- bzw. Wissensstände, sondern sedimentieren auch langfristig im Werte- und Normengefüge mediatisierter Gesellschaften. Dass wir aber trotzdem von Mediendemokratie sprechen, liegt darin begründet, dass Demokratien die öffentliche politische Kommunikation a priori definieren als die Offenlegung und Thematisierung der Differenz zwischen „Information und Mitteilung“ (Luhmann 1984: 223f), zwischen „Gesagtem und Gemeintem“ (Habermas 1962: 288ff): Die Massenmedien, als gesellschaftliches Teilsystem, gehen zwar einerseits einen Tauschhandel – „Information gegen Publizität“ (Sarcinelli 1994: 39) – ein, indem sie bestehende Machtstrukturen spiegeln und verstärken. Andererseits verfügen sie aber auch

³ Vgl. hierzu z.B. die „Wissenskluff“-Hypothese von Schulz (1987) oder Jägers Überlegungen zur „Kanzlerdemokratie“ (1992).

– verpflichtet auf Pluralismus, Zweifel und Wahrhaftigkeit – über das Potential, strategische Informationsinterventionen mit divergenten Standpunkten zu kontrastieren, Widersprüche zu artikulieren und Konflikte freizulegen. Erst in diesem Spannungsfeld erwerben Massenmedien ihre gesellschaftliche Gratifikation als „standing above politics“ (Hallin/Gitlin 1992: 15), als Instanz, die über Vermittlung, Interpretation, Kontrolle und Kritik das Vertrauen in den demokratischen Meinungsbildungsprozess herstellt.

Wenn jedoch die in einer politischen Konfliktsituation intensivierten strategischen Informationsinterventionen das Kontrollpotential der Massenmedien einschränken oder außer Kraft setzen,⁴ oder die Massenmedien selbst sich in einem Solidarisierungsreflex⁵ zugunsten von Machteliten selbst beschränken, verliert diese ohnehin sensible Wechselbeziehung ihr Gleichgewicht. Die wichtigsten Hilfsmittel der Informationsgesellschaften zur individuellen und kollektiven Orientierung und (Selbst-)Vergewisserung werden in Frage gestellt, die Massenmedien geraten in eine Glaubwürdigkeitskrise (Mast 1991).

Krieg als Krise der Demokratie

Das Verhältnis von Nähe und Distanz zwischen Machteliten und Massenmedien, der Grad gesellschaftlicher Partizipation sowie die Relevanz von Zweifel und Kritik in der öffentlichen politischen Kommunikation sind bereits in Friedenszeiten elementare Indikatoren für die demokratische Verfasstheit von Informationsgesellschaften. Und auch wenn die von Harald Müller aufgeworfene Frage „Sind Demokratien wirklich friedlich?“⁶ an dieser Stelle nicht vollständig beantwortet werden kann und soll, so lässt doch die Kontrastierung der beschriebenen informationsgesellschaftlichen Prämissen mit den in diesen Gesellschaften generierten und praktizierten Kriegsführungskonzepten folgende vier Hypothesen zu:

- 4 Die Unterdrückung von Informationen über die tatsächlichen Radioaktivitätswerte nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl 1985 sowohl durch die sowjetische als auch u.a. die bundesdeutsche Regierung und die etablierten Medien gilt allgemein als der erste große „Informations-Gau“ der frühen Informationsgesellschaften.
- 5 Zur aktuelleren Diskussion vgl. z.B. Neumans „Rally around the Flag“ (in: 1996: 98) oder Knightleys „sheeps and frothers“ (in: 2000: 505f).
- 6 Im Hinblick auf das HSFK-Forschungsprogramm „Antinomien des demokratischen Friedens“, vgl. z.B. Müller 2001 und die Dokumentation seines Vortrages in diesem Band.

Hypothese 1:
Informationsgesellschaften sind tendenziell „kriegsunwillig“.

Sie müssen von ihren administrativen Systemen (Politik, Militär) mit immer intensiveren strategischen Informationsinterventionen von der Legitimität einer Militäroperation „überzeugt“ werden. Aber weder die jeweiligen politischen Begründungen, eine militärische Intervention sei unausweichlich, vernünftig oder gerecht usw., noch die Argumentation, die „Errungenschaften“ der militärisch-technischen Revolution ermöglichten eine „Rationalisierung“ bzw. Verkürzung des Krieges und „Präzisionswaffen“ die Reduktion der Opferzahlen usw. können die bestehenden Vorbehalte wirklich abschwächen. Bis heute rekurren z.B. die entsprechenden politisch-militärischen Beeinflussungsstrategien in Westeuropa – auch in Deutschland⁷ – auf die nach Ende des Ost-West-Konflikts in den jeweiligen Zivilgesellschaften konstatierten grundsätzlichen Zweifel an der Sinnhaftigkeit bzw. Legitimität des Krieges als Mittel der Politik:

„[Wir] stehen am Beginn einer Epoche, wo Streitkräfte als solche an gesellschaftlicher Akzeptanz verlieren, wo ihre bloße Existenz als Bedrohung und angesichts der wachsenden ungelösten Weltprobleme als unverantwortliche Ressourcenverschwendung empfunden und nicht-militärische Mittel der Friedenssicherung favorisiert werden. Das bedeutet, dass nun auch die eingeschränkt erteilte Zustimmung zur Abschreckung und Verteidigung tendenziell entzogen wird ...“ (Fleckenstein 1990: 11).

In der US-Bevölkerung waren es die Erfahrungen des Vietnam-Krieges, die die Akzeptanzschwelle für die Durch- bzw. Fortführung eines Waffenganges bis Ende der 90er Jahre maßgeblich bestimmten. Um einen tragfähigen Konsens für einen Kriegseinsatz herzustellen, musste insbesondere gegen drei Vorbehalte immer wieder argumentiert werden. Sie betrafen die Dauer des Krieges, die zu erwartende Höhe eigener Verluste und die Zahl ziviler Opfer im Kriegsgebiet.⁸ In den „War Messages“ der Präsidenten und auch im öffent-

- 7 Vgl. zu den Legitimationsstrategien und -kampagnen der Bundeswehr zwischen 1990 und 1999 u.a. den Beitrag der Autorin (Claßen 1999b) „Zwischen Kriegspropaganda und PR-Arbeit“.
- 8 Byman et al. 1999 zitieren aus einer Bevölkerungsumfrage [Americans Talk Security No. 9, 7.–18.9.1988], welche Faktoren als entscheidend für die Akzeptanz eines US-amerikanischen Militäreinsatzes eingeschätzt werden; zu den fünf wichtigsten gehören: „Number of American lives that might be lost“ (86 Prozent Zustimmung); Number of civilians that might be killed (79 Prozent); Length of time of fighting (61 Prozent).

lichen Diskurs wurden entsprechende Beteuerungen immer wieder erneuert.⁹ Der von Militärexperten als „Casualty Aversion“ oder als „Casualty Awareness Syndrome“ bezeichnete Effekt, dass die gesellschaftliche Akzeptanz eines Militäreinsatzes direkt korreliert mit der Anzahl der im Verlauf der Kampfhandlungen verletzten oder getöteten Menschen, ist zwar nicht unumstritten, galt aber seit dem Ende des Kalten Krieges in den USA als handlungsleitend, was die Konzeption der Kriegsführung („overwhelming military force“, Bombardements aus der Luft, kein bzw. nur später Einsatz von Bodentruppen, selbststeuernde Distanzwaffen, satellitengestützte Aufklärung usw.) betraf.

„In regional conflicts, [America's] stake may seem less apparent [to the people]. We should provide forces with capabilities that minimize the need to trade American lives with tyrants and aggressors who do not care about their own people. Thus, our response to regional crises must be decisive, requiring the high-quality personnel and technological edge to win quickly and with minimum casualties.“ (Eikenberry 1996).

Zu Beginn des Golfkrieges, am 17./18.1.1991, erhob die Washington Post beispielsweise in einer Umfrage, dass die Zustimmung zum Krieg gegen den Irak bei 80 Prozent läge, wenn keine US-Soldaten dabei getötet würden. Bei 500 angenommenen toten GIs stimmten noch 50 Prozent zu, bei 1.000 billigten nur noch 37 Prozent, bei 10.000 Toten 20 Prozent der Befragten den Krieg (Mueller 2000). Noch deutlichere Werte wurden Ende April 1999 im Bezug auf den Kosovo-Krieg ermittelt: Nur 31 Prozent akzeptierten 500 (Washington Post 1999) und 20 Prozent 1.000 (Richman 1999) angenommene tote GIs. Die geringe Bereitschaft der Bevölkerung, den Einsatz von Bodentruppen zu akzeptieren, ist angesichts dieser Zusammenhänge nachvollziehbar und wurde von offizieller Seite kontinuierlich kommuniziert.¹⁰ Im Golfkrieg 1991 und im Kosovo-Krieg 1999 lagen die Zustimmungsraten hierzu zeitweise bei nur 11 (Frank 1991) bzw. 20 Prozent (Richman 1999). Die Versuche, die signifikanten öffentlichen Vorbehalte rhetorisch zu beschwichtigen oder sie durch

9 So erklärte George Bush sen. in seiner Kriege Rede am 16. Januar 1991: „... this will not be another Vietnam“ (Bush 1991). Zu Beginn des Kosovo-Krieges versicherte z.B. die damalige US-Außenministerin Madeleine Albright in der „PBS Newshour“ am 24.3.1999: „I don't see this as a long-term operation. I think that this is something ... that is achievable within a relatively short period of time.“ (The Air Force Association 1999).

10 Bush betonte gleich zu Beginn seiner Golfkriegsrede am 16.1.1991, „ground forces are not engaged“ (Bush 1991). Und Präsident Clinton beteuerte in seiner Ansprache an die Nation am 24.3.1999: „I do not intend to put our troops in Kosovo to fight a war.“ (Zit. nach Little 2000).

militärstrategische Einschränkungen zu entkräften, stießen zudem dort an ihre Grenzen, wo zivile Opfer zu beklagen waren:

„The American people are reluctant to send young troops in harm's way and they shy away from commitments that might result in heavy U.S. casualties. Similarly, they insist on minimizing unintended civilian casualties and collateral damage caused by our operations.“ (Fogleman 1996).

Während man einerseits versuchte, mit rigiden Zensurmaßnahmen eine zivile, medienöffentliche Augenzeugenschaft in den Kampfgebieten zu verhindern, sollte eine offensive Öffentlichkeitsarbeit andererseits dafür sorgen, dass ausschließlich die offiziellen Interpretationen, warum, wie und mit welchen Folgen ein Krieg geführt wird, das ‚Image‘ des jeweiligen Waffenganges prägten. Ließ sich die Existenz ziviler Bombenopfer aber weder leugnen noch relativieren, so versuchte man, sie als ‚bedauerliche, aber kaum vermeidbare Begleiterscheinung‘ („impact errors“, „collateral damages“, „unintended civilian casualties“ usw.) zu bagatellisieren.

Spätestens der Kosovo-Krieg 1999 erzwang jedoch eine Revision der seit Anfang der 90er Jahre geltenden Annahme, man müsse einen Waffengang innen- und außenpolitisch nur richtig „verkaufen“¹¹: Die Nachrichten, Bilder und Zahlen über selbstverschuldete zivile Opfer widerlegten damals nicht nur das offizielle „Image des Krieges“ („effizient“, „präzise“, „opferarm“). Auch der für die eigenen Soldaten relativ sichere Distanzkrieg wurde immer mehr als inakzeptables Risiko für die Menschen im Kriegsgebiet wahrgenommen.¹² Darüber hinaus hatte die ‚War Message‘ der Alliierten, das Ziel des Krieges sei die ‚Rettung‘ der kosovo-albanischen Bevölkerung, die Akzeptanzschwelle in der US-Bevölkerung eher angehoben. Ende März 1999 hielten 45 Prozent der Befragten die Militärschläge gegen Serbien für misslungen, wenn das Bündnis den Gegner zwar militärisch schwäche, aber die Tötung von ZivilistInnen im Kosovo nicht unterbinde,¹³ 64 Prozent der US-BürgerInnen waren

11 Jamie Shea, während des Kosovo-Krieges Pressesprecher der NATO: „Die breite Öffentlichkeit ist ja ... nicht mehr gewöhnt und merkt erst, was los ist, wenn die erste Bombe fällt. Dann muss man in klarer Sprache erklären, warum man zu extremen Mitteln greift, und eine moralische Begründung dafür liefern.“ (Zit. nach Frankfurter Rundschau, 17.3.2000).

12 Über dieses Dilemma schrieb US Airforce-Offizier R. Woodley Mitte 2000: „Some segment of the population sees a relationship between risk to American lives and the acceptance of ‚collateral damage.‘ ... Certainly, some influential members of society felt the degree to which we limited the risk to our forces in the Kosovo conflict was morally wrong.“ (Woodley 2000: 114).

13 ABC News/Washington Post Poll, 28.–30.3.1999: „Would you consider the airstrikes against Serbia to be successful or unsuccessful if the bombing seriously

in dieser Phase der Meinung, die NATO-Intervention habe die Situation im Kosovo verschlimmert.¹⁴ Im Mai 1999 erklärten 50 Prozent der Befragten, sie seien sehr, 34 Prozent sie seien ziemlich besorgt, dass durch die NATO-Angriffe unschuldige Menschen verletzt oder getötet würden.¹⁵ Die Zahl derer, die der offiziellen Interpretation folgten, es handele sich bei diesen Zwischenfällen um „unvermeidbare Unfälle“ sank von April bis Mai 1999 von 78 auf 66 Prozent (Langer 1999). Der ehemalige NATO-Sprecher Gen. Walter Jertz hielt die damalige Situation für äußerst prekär: Aufgrund der Unfähigkeit des Militärbündnisses, den Nachrichten über die selbst verschuldeten Toten und Verwundeten unter der Zivilbevölkerung etwas entgegenzusetzen, habe die Gefahr eines Stimmungsumschwungs in der Bevölkerung und den Regierungen der NATO-Staaten bestanden, der zu einem Abbruch der Kampfhandlungen hätte führen können (Neue Zürcher Zeitung, 19.12.2000).

Knapp zwei Jahre später, als die gesellschaftliche, massenmediale und politische Verarbeitung der Terroranschläge vom 11. September 2001 in den USA in einem sich gegenseitig verstärkenden Prozess für Monate eine Atmosphäre praktisch bedingungsloser Kriegsbereitschaft erzeugte, wurden viele der zuvor als normativ geltenden gesellschaftlichen Vorbehalte gegen die potentiellen Risiken eines militärischen Engagements enttabuisiert. In der offiziellen Charakterisierung des „Anti-Terror-Krieges“ entfiel z.B. die Beschreibung des Krieges als eine zeitlich (und geografisch) überschaubare effektive „Operation“. George W. Bush hob seit September 2001¹⁶ die Langfristigkeit der „Kampagne“ ausdrücklich hervor: „Our war on terror is well begun, but it is only begun. This campaign may not be finished on our watch – yet it must be and it will be waged on our watch.“¹⁷

Die Unabschbarkeit der Dauer des Krieges beeinträchtigte die Kriegsbereitschaft der Bevölkerung aber nicht: Nach einer CBS/New York Times-Umfrage vom 20.–23.9.2001 befürworteten 72 Prozent der Befragten einen Krieg,

damages Serbia's military strength but the killing of civilians in Kosovo continues? Successful 36 percent, unsuccessful 45 percent.“ In: The Polling Report, Feb.-März 1999.

14 CNN/USA Today/Gallup poll, 30.-31.3.1999: „From what you've heard or read, do you think the current NATO military action in Yugoslavia has made the situation in the region better or worse? Better 22, worse 64 percent.“ Zit. nach Holland 1999.

15 The Polling Report: Serbia/Yugoslavia. Mai 1999.

16 Zit. nach Office of the Press Secretary, 16.9.2001: „So this will be a long campaign, a determined campaign – a campaign that will use the resources of the United States to win.“

17 Zit. nach Office of the Press Secretary, 29.1.2002.

auch wenn er mehrere Jahre dauern sollte. Kurz nach Beginn der Luftangriffe auf Afghanistan ermittelte das Network FOX dazu eine Unterstützungsquote von 77 Prozent.¹⁸ Im Zuge der Habitualisierung des „Anti-Terror-Krieges“, so Professor Steven David, Terrorismus-Experte an der Johns Hopkins Universität, kam es zudem auch zu einem grundsätzlichen Meinungswandel, was die Akzeptanz eigener militärischer Verluste betraf:

„I think this is going to transform a generation. ... My generation came of age in Vietnam, and now we have something else that may turn that around, something that will make people say, ‚My God, it's a dangerous world out there, and we've got to be tough; we've got to be resolute.‘“ (Zit. nach Fesperman 2001).

Betrachtet man entsprechende Umfrageergebnisse ab September 2001, so forderte die US-Bevölkerung mehrheitlich Vergeltung ... ‚koste es, was es wolle‘. Im September 2001 wurden zur Frage nach der Bereitschaft „tausende“ tote US-Soldaten („wo auch immer“) in Kauf zu nehmen, Zustimmungsraten von bis zu 77 Prozent¹⁹ gemessen; die gleiche Frage wurde demgegenüber im September 2002 im Hinblick auf einen neuen Irak-Krieg nur noch mit 41 und aktuell mit 39 (Januar 2003) bzw. 46 Prozent (Februar 2003) Zustimmung bedacht.²⁰ Den Einsatz von Bodentruppen befürworteten im September 2001 („gegen wen auch immer“) 82 Prozent und im November 2001 (Afghanistan) noch 71 Prozent der Befragten.²¹ Im März 2002 stimmten nur 46 Prozent²² der Entsendung von Bodentruppen in den Irak zu. Im Januar 2003 wurden hierzu Unterstützungsraten von 52²³ bzw. 42 Prozent²⁴ und im Februar von 58²⁵ bzw. 47 Prozent²⁶ ermittelt. Was die zivilen Opfer des „Anti-Terror-Krieges“ betrifft, so akzeptierte im Herbst 2001 eine deutliche Mehrheit von bis zu 78 Prozent²⁷ die Inkaufnahme toter ZivilistInnen in Afghanistan. Im Vorfeld des Irak-Krieges wurden mit 34 (Januar 2003) bzw. 40 Prozent (Februar 2003) auch hier wieder geringere Zustimmungsraten²⁸ ermittelt.

Insgesamt scheint heute die Stimmung in den USA also bei weitem nicht so unkompliziert, wie die Bush-Regierung es sich wahrscheinlich erhofft hat:

18 Zit. nach The Americans and the World Website 14.1.2002.

19 Zit. nach The Americans and the World Website Dezember 2001.

20 Zogby International Poll 2003. In: The Polling Report, Iraq, März 2003.

21 The Polling Report: War on Terrorism, November 2001.

22 Ders.: Iraq, Oktober 2002.

23 Ders.: Iraq, Februar 2003.

24 Ders.: Iraq, März 2003.

25 Ders.: Iraq, Februar 2003.

26 Ders.: Iraq, März 2003.

27 The Americans and the World Website 2002.

28 The Polling Report, Iraq, März 2003.

Noch am 23./24. Januar 2003 erteilten 53 Prozent der Konstellation eine Absage (dafür stimmten 40 Prozent), die sich jetzt als realistisch erweist: ein Angriff ohne UN-Mandat, gemeinsam mit einem oder zwei der wichtigsten US-Alliierten.²⁹ Ende Januar 2003 forderten noch 57 Prozent der US-BürgerInnen mehr Beweise, warum das Regime Saddam Husseins gestürzt werden sollte.³⁰ Und im Februar glauben 56 Prozent der US-Bevölkerung nicht, dass der Irak Kontakte zum Terror-Netzwerk Al-Qaida unterhält (Brownstein 2003). Und auch die Zahl der Kriegsgegner steigt weltweit kontinuierlich an: Im Januar 2003 befürworteten nur 9 Prozent der Deutschen (Lauterbach 2003) und 24 Prozent der Franzosen (n-tv 2003) einen Irak-Krieg. Zum Jahresanfang ermittelte Gallup (2003) außer in den USA faktisch nur im Unterstutzerland Australien eine Mehrheit für den Krieg von 53 Prozent.

Die desolante Lage an der Meinungsfront kommt auch für kritische Beobachter in den USA nicht überraschend. Die Politikwissenschaftlerin Catherine Scott warnt, der „Anti-Terror-Krieg“ sei der Weltbevölkerung kaum als ‚Kampf für Frieden, Demokratie und Gerechtigkeit‘ anzupreisen:

„Democracy requires choice and deliberation, debate and dissent. Branding is all style and no substance. Foreign policy in a democracy should be the result of careful deliberation by elected officials who should take public opinion seriously, even when it demonstrates clear misgivings about a given course of action.“ (Scott 2003).

Aber Zweifel und Kritik an ihren Kriegseinsätzen sind für die global dominierende Militärmacht USA nur unerwünschte Begleiterscheinungen: Um Krieg als Mittel der Politik immer wieder gegen die tendenzielle Kriegsunwilligkeit der Informationsgesellschaften durchzusetzen, haben die Informationskriegsstrategen seit Mitte der 90er Jahre die Kontrolle über „das Bild des Krieges“, nicht nur auf dem Schlachtfeld, sondern auch gegenüber der internationalen Medienöffentlichkeit, zum entscheidenden Faktor erklärt.

Hypothese 2:

Wird die globale Informationssphäre zum militärischen Aktionsfeld im Kampf um Informationsüberlegenheit, bedeutet dies einen extensiven Militarisierungsschub für die Informationsgesellschaften, indem ihr souveränes Recht auf – massenmedial vermittelte – Orientierung und Partizipation im demokratischen Meinungsbildungsprozess eingeschränkt oder sogar außer Kraft gesetzt wird.

29 Ders., Februar 2003.

30 Ders.: Iraq, März 2003.

Die „strategische Informationsintervention“ als Methode aktiver Interessenvermittlung und -durchsetzung in Mediendemokratien eskaliert im Krieg in der Störung bzw. Verhinderung der öffentlichen politischen Kommunikation. Dazu gehören die systematische Bekämpfung und Verleugnung der „Differenz zwischen Information und Mitteilung“ (Zensur, Verschleierung und Verzerrung von Informationen) sowie politisch-militärische Beeinflussungsstrategien, die das erwünschte „Image“ des Krieges in der zivilgesellschaftlichen Wahrnehmung verankern sollen. Die Instrumentalisierung der globalen Informationssphäre als Aktionsfeld des Informationskrieges integriert dabei die Weltgesellschaft als massenmedial vernetztes „Kriegspublikum“; die Zielbeschreibung „Informationsüberlegenheit“ ersetzt nationalstaatlich orientierte Freund-/Feind-Schemata durch die handlungsleitende Projektion „freundlicher“/„feindlicher“ „ausländischer Öffentlichkeiten“ („foreign audiences“³¹), je nach dem, ob deren öffentliche Kommunikation über die US-Außenpolitik eher als loyal oder kritisch eingeschätzt wird.³²

In der Praxis begann die Entgrenzung des Informationskrieges – sowohl auf der Handlungs- als auch auf der Darstellungsebene – im Krieg gegen Ex-Jugoslawien 1999, als sich die von der NATO angekündigte „humanitäre Mission“ vor den Augen der missbilligenden Weltöffentlichkeit als blutiger und zerstörerischer Krieg entpuppte. Damals entschied sich der von britischen und US-amerikanischen Public Relations-Experten geführte NATO-Pressstab zu zwei bis in die höchsten administrativen Kreise umstrittenen Maßnahmen: Erstens erklärte die NATO die „Ausschaltung“, der zivilen Informationsinfrastruktur eines Landes erstmals zum legitimen Kriegsziel.³³ Um den Fluss der Informationen und Bilder über die selbst verursachten Opfer und Verwüstungen im und aus dem ehemaligen Jugoslawien zu unterbrechen, ließ die NATO im Kampfgebiet u.a. Rundfunkgebäude bombardieren und Relais-Stationen zerstören und sorgte für einen Übertragungsstopp des jugoslawischen Fernsehens durch Eutelsat.³⁴ Zweitens betrieb man nun, um effek-

31 U.S. Army Training and Doctrine Command (1996).

32 Ebd.: „The requirement to identify the critical audiences, messages, and communications means is not new to leaders. However, it is gaining major significance for successful operations.“ Zit. nach Chapter 1: Information Dominance.

33 Air Commodore Wilby: „Serb radio and tv is an instrument of propaganda and repression, it has filled the air waves with hate and with lies over the years and especially now. It is therefore a legitimate target in this campaign. If President Milosevic would provide equal time for Western news broadcasts in its programmes without censorship three hours a day between noon and 1800 and three hours a day between 1800 and midnight, then his tv could become an acceptable instrument of public information.“ Zit. nach NATO Press Release April 1999.

34 In der Tagesschau am 27.5.1999 um 20 Uhr wurde dies wie folgt kommentiert:

tiver gegen die „schlechten Nachrichten“ aus dem Kriegsgebiet vorgehen zu können, die Verbindung zweier zuvor getrennt operierender militärischer Bereiche: „Public Affairs“ (die eher journalistisch geprägte Informationspolitik in eigener Sache) und „Psychological Operations“ („PsyOps“, psychologische Kriegsführung, „die Beeinflussung der Gefühle, Motivationen und Urteilsfähigkeit sowie des Verhaltens ausländischer Öffentlichkeiten, Regierungen, Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen“) (U.S. Air Force 1999: 45). Zum ersten Mal seit Ende des Kalten Krieges und jetzt unter informationsgesellschaftlichen Bedingungen wurde damit psychologische Kriegsführung als strategisches Mittel gezielt gegen die Öffentlichkeiten feindlicher und verbündeter Ländern eingesetzt.³⁵

Zwischen Herbst 1999 und Sommer 2001 unterzogen die US-amerikanischen Think Tanks die Kontroll- bzw. Gestaltungsstrategien der NATO-Informationsoperationen während des Kosovo-Krieges einer systematischen Revision. Auf außenpolitischer Ebene wurden – im Rahmen einer bereits 1999 von Clinton erlassenen Direktive – jene Abteilungen des State Department neu geordnet und inhaltlich modernisiert, die für „Public Diplomacy“ (die gezielte Verbreitung politischer Botschaften an Bevölkerungen anderer Länder zugunsten US-amerikanischer Interessen) zuständig waren und bis Ende des Kalten Krieges antikommunistische Propaganda betrieben hatten. In einer Denkschrift des US-Außenministeriums heißt es Ende 1999:

„Public diplomacy is needed to help clarify the American position and viewpoint, to explain why the United States favors a particular course of action, and why that course of action would benefit both U.S. interests and that of another nation.“ (The Overseas Presence Advisory Panel 1999: 32).

Das Pentagon ließ ab Anfang 2000³⁶ eigene Vorschläge entwickeln, wie diese Bemühungen effektiviert werden könnten:

„Seit gestern Abend ist die Berichterstattung über die NATO-Angriffe eingeschränkt. Bilder von getöteten Zivilisten und verwüsteten Wohnhäusern durch fehlgeleitete NATO-Bomben werden künftig nicht mehr zu sehen sein. Auf Druck der NATO-Länder wurden die Sendungen des serbischen Fernsehens über Satellit vom europäischen Satellitenkonsortium eingestellt.“

35 In der Kosovo-Auswertung des britischen Verteidigungsministeriums wird die faktische Synthese von PA- und PsyOp-Aktivitäten bestätigt: „We had to get our messages over ... to three audiences: the public in the UK and Allied countries; Kosovo Albanians and others in the region; Milosevic and his supporters.“ (The UK Ministry of Defence 2000).

36 Die Planungen begannen also weit vor der Eröffnung des „Office of Strategic Influence“ (OSI) im November 2001, das nach heftigem öffentlichem Protest

„A permanent PSYOP staff organization ... will work closely with U.S. Department of State Public Diplomacy staff members. Their primary purpose ... will be to assist the Department of State in developing strategic International Public information plans and programs. ... the Joint PSYOP Headquarters will maintain open contracts with civilian advertising and marketing firms for assistance in PSYOP product development and links with members of academia studying the potential impact of information on the attitudes and behaviors of foreign target audiences.“ (Office of the Undersecretary for Defense 2000: 9f).

Wurden solche Überlegungen bis Sommer 2001 von innen (Department of Defense 1999) und außen (Snow 1998, Barber 1999) vielfach noch als überspitzte Reflexe auf die Beinahe-Niederlage der Informationspolitik während des Kosovo-Krieges bewertet, so galten sie nach den Terroranschlägen vom 11.9. als akzeptable inhaltliche und strukturelle Basis für Informationsoffensiven, die in ihrer Breite und Intensität von Protagonisten (Pattiz 2001) wie Kritikern (Becker 2001) mit der US-Kriegspropaganda des Zweiten Weltkrieges verglichen werden. In einer Atmosphäre praktisch bedingungsloser Kriegsbebereitschaft konnte die Verflechtung nationaler politischer Agitation mit militärischer Public Affairs-Arbeit, psychologischer Kriegsführung und Public Diplomacy ohne nennenswerten Widerstand durchgesetzt werden. Das neue Bedrohungsszenario „internationaler Terrorismus“ und die Feindbildkonstruktion „Islamismus/Fundamentalismus/Extremismus“ erwiesen sich als geeignet, um die seit langem gehegte US-amerikanischen Projektion einer politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Hegemonie in der islamischen Welt zu verwirklichen. Klassische Kulturtransfer-Modelle³⁷ als Erklärungsansatz werden vor diesem Hintergrund obsolet; und jüngere, gemäßigte Projektionen, statt mit militärischen Mitteln mit Ideen von Demokratie und Prosperität um die politische und wirtschaftliche Vorherrschaft zu kämpfen (vgl. z.B. Nye 2002), werden als außenpolitische Informationskriegstaktik in das Public Diplomacy-Konzept integriert. Der offensive und aggressive Transfer US-amerikanischer Wertekonzepte gilt inzwischen explizit als Methode der Kriegsführung gegen die „Feinde Amerikas“. Unter Androhung oder Einsatz repressiver Mittel soll dabei in die politische, wirtschaftliche und kulturelle Kommunikationsstruktur – nicht nur, aber insbesondere – informationsgesell-

gleich wieder geschlossen wurde (Dao/Schmitt 2002; Schmitt 2002).

37 Siehe z.B. das Münch'sche Theorem des US-amerikanischen Aktivismus, das Sendungsbewusstsein und kulturelle Intervention zwar als gewaltvolle Mechanismen der Beherrschung und Unterdrückung „von Gruppen, Völkern und Kulturen“ (Münch 1986: 272ff) begreift, diese aber einbettet in ein Konzept freier Konkurrenz mit reformistischen bzw. oppositionellen Bewegungen.

schaftlicher Schwellenländer interveniert werden,³⁸ um ein interpretatives Vakuum zu schaffen, das dann durch eigene Wirklichkeitsinterpretationen und Ideale aufgefüllt werden soll („getting others to want what you want“, Ronfeldt/Arquilla 1999).³⁹ Es geht also nicht mehr darum, individuelle Meinungen zu beeinflussen, man will die gesellschaftspolitischen Dispositionen – nun angepasst an die Idee eines universellen ‚Kreuzzuges‘ – in der islamischen Welt den eigenen Interessen entsprechend kontrollieren und gestalten:

„Call it public diplomacy, or public affairs, or psychological warfare, or – if you really want to be blunt – propaganda. But whatever it is called, defining what this war is really about in the minds of the 1 billion Muslims in the world will be of decisive and historic importance.“ (Holbrooke 2001).

Hypothese 3:

Die gesamtgesellschaftliche Kommunikationsstruktur – ein „Konstitutivum“ (Sarcinelli 1994: 47) moderner Demokratien – kann unter den Bedingungen des Informationskrieges die Frage „Krieg oder Frieden“ nicht mehr souverän verhandeln.

Der Einfluss strategischer Informationsinterventionen auf die Massenmedien ist schon jetzt stilprägend für die zivile Kriegsberichterstattung und verhindert weitgehend die notwendigen demokratischen, massenmedial vermittelten Meinungsbildungsprozesse über die Legitimität eines Krieges. Da die Massenmedien weder strukturell noch ideell darauf ausgerichtet sind, ihre Rolle und ihr Handeln im Informationskrieg z.B. als längerfristigen Prozess zu analysieren oder den Einfluss von politisch-militärischen Interventionsstrategien auf ihre Arbeitswirklichkeit zu reflektieren, sind sie den wissenschaftlich fundierten und langfristig angelegten Medienoffensiven der Informationskrieger klar unterlegen. Bestimmte Modernisierungstrends (Ludes 1993) in der Nachrichten-

38 Seit März 2002 sendet z.B. das „Middle East Network“ des US State Department Radioprogramme in den arabischen Raum, die sich an insgesamt 99 Millionen potentielle Zuhörer im Alter von 15 bis 34 Jahren zwischen Ägypten und dem Persischen Golf richten (Smith 2002). Darunter sind der Jugendsender „Radio Sawa“ (Pachios 2002) und „Radio Farda“, das speziell für den Iran konzipiert ist. Zum Start dieses Senders hatte sich Bush in einer Rede an die iranische Bevölkerung gewandt. Er sagte: „Farda richtet sich gegen die Zensur und Informationssunterdrückung durch die selbsternannten iranischen Machthaber.“

39 „It is still not too late for us to stop this theological iron curtain from falling. We must act now, proactively and aggressively, to help the millions of moderate Muslims in the world who are being besieged by isolation and intolerance.“ (U.S. Department of State's Office of International Information Programs 2002).

produktion und -präsentation der Massenmedien – die Internationalisierung des Nachrichtenaustauschs (globale Reichweiten, Bedeutungszuwachs ausländischer Nachrichtenquellen), die Aktualisierung der Berichterstattung (bis hin zur Live- bzw. Simultan-Reportage) sowie die Visualisierung des Nachrichtenangebots (die Abhängigkeit von Foto- und Filmmaterial) – provozieren darüber hinaus einerseits rigide militärische Zensurmaßnahmen und sogar Angriffe auf zivile Informationsinfrastrukturen, mit denen die Informationsüberlegenheit gegenüber einer vermeintlich unkontrollierbaren und damit potentiell feindlichen Medienöffentlichkeit verteidigt werden soll. Andererseits werden diese Trends von den Militärs genutzt, um mit eigenen, mediengerechten Wirklichkeitsinterpretationen die Wahrnehmung von Krisen und Konflikten zu bestimmen. Wachsender Konkurrenzdruck zwischen den etablierten Nachrichten Anbietern („Krieg“ gilt als Quoten-Renner und Profilierungschance), die Ausbreitung von Medienkartellen und naturgemäß die vielfach herrschende journalistische Loyalität gegenüber Machteliten⁴⁰ erleichtern zusätzlich die militärische Einflussnahme zugunsten einer „freundlichen“ Darstellung des Krieges.

Die systematische Nichtthematisierung der Differenz zwischen „Information und Mitteilung“ in der Kriegsberichterstattung, die nicht gestellten Fragen nach der Realität auf den Schlachtfeldern und den tatsächlichen Motiven und möglichen Folgen des Krieges, die Ausblendung kriegskritischer Informationen und Positionen und die zum Teil offen vorgetragene Ergebenheit der JournalistInnen haben in den letzten Jahren weltweit zu einem wachsenden Glaubwürdigkeitsverlust der etablierten Massenmedien geführt. Erheblich verstärkt wird diese Entwicklung durch die wachsende Bedeutung alternativer Informationsangebote, die resistent sind gegen den Versuch militärischer Instrumentalisierung und in Abgrenzung zur massenmedialen Selbstbeschränkung ihre Aufgabe darin sehen, Propaganda aufzudecken, Konfliktstrukturen zu historisieren und zu kontextualisieren, Zensur zu unterlaufen, Kriegsstrategien zu kritisieren und zivile Konfliktlösungen einzufordern.

Hypothese 4:

Werden die etablierten Massenmedien in Misskredit gebracht, indem das Militär diese verfassungsrechtlich sanktionierte gesamtgesellschaftliche Kontroll- und Aufklärungsinstanz zum Zweck der Kriegsvorbereitung und Kriegsführung benutzt, neigen Informationsgesellschaften zu ‚informationalen‘ Kompensationshandlungen.

40 Vgl. z.B. Jensen (1992) oder Solomon (2001).

Seit dem Golfkrieg 1991 ist die sukzessive Herausbildung einer internationalen, unabhängigen und kriegskritischen Gegenöffentlichkeit zu beobachten. Als Primärmedien wurden dafür bis etwa Mitte der 90er Jahre Telex, Fax (Tangens/Padeluun 1997) sowie zunehmend IRC-Chats bzw. Mailbox-Netze (Preston 1994) genutzt. Seit der Etablierung des World Wide Web gilt das Internet als Leitmedium (Rilling 1999; Plake et al. 2001). Heute verfügt diese Gegenöffentlichkeit, was Reichweiten, Quellenlagen und Darstellungsmöglichkeiten betrifft, teilweise bereits über Leistungsmerkmale, die mit denen etablierter Medien vergleichbar sind. Ihr gewachsener Einfluss auf die politische Kommunikation im und über den Krieg war bereits während des NATO-Krieges gegen Ex-Jugoslawien 1999 unübersehbar, als FriedensaktivistInnen phasenweise aktuellere und authentischere Informationen aus dem Kriegsgebiet anbieten konnten als die Massenmedien mit ihrer Fixierung auf offizielle politisch-militärische Verlautbarungen.⁴¹ Die Beobachtung, dass diese Informationsstrukturen inzwischen über das Potential verfügen, in Krisenphasen auf „gleicher Augenhöhe“ mit bzw. gegen die traditionellen Nachrichtenproduzenten zu agieren, lässt sich präzisieren, wenn man sie entlang der o.g. Modernisierungsindikatoren beschreibt:

- *Internationalisierung:* Die Vernetzung von Globalisierungskritikern, Friedens-, Ökologie- und Menschenrechtsinitiativen in einer weltweiten Antikriegsbewegung⁴² ermöglicht einen globalen Informationsaustausch und -abgleich, der das Angebot an Nachrichtenquellen erheblich erweitert.⁴³

41 Viele Antikriegsgruppen hatten damals aufgrund jahrelanger Solidaritätsarbeit auf dem Balkan gute Kontakte ins Krisengebiet. Als ‚Nachrichtenquellen‘ dienten Situationsberichte und Analysen angesehener MenschenrechtlerInnen, oppositioneller PolitikerInnen, WissenschaftlerInnen usw., die via E-Mail verbreitet wurden; vgl. dazu u.a. Claßen (1999a).

42 Die Qualität dieses Nachrichtennetzwerkes basiert insbesondere auf der Bandbreite des Angebots: Genuine, teils neuere Nichtregierungsorganisationen, kriegskritische WissenschaftlerInnen, JournalistInnen oder beruflich orientierte Initiativen (ÄrztInnen, JuristInnen, JournalistInnen usw.) sind hier ebenso beteiligt wie spezifische Internetakteure, die sich schwerpunktmäßig der alternativen Krisenberichterstattung oder der systematischen Medienbeobachtung widmen. (Eine gute, nach Themenbereichen sortierte Übersicht bietet z.B. [bessereweltlinks.de](http://www.bessereweltlinks.de); relativ aktuell zum Thema „Krieg & Medien“ siehe auch die Link-Seite der Autorin: www.elvira-lassen.de/links.htm).

43 Der Einfluss dieser neuen Informationspools auf die etablierte Kriegsberichterstattung muss noch systematisch erforscht werden. Diverse Einzelbeispiele lassen aber den Schluss zu, dass alternative Nachrichten die Massenmedien darin bestärken können, sich selbst Themen jenseits ‚offizieller Verlautbarungen‘ anzunehmen. So deckte z.B. der britische Wissenschaftler Glen Rangwala am 5. Februar

- *Aktualisierung:* Mit dem Internet ist seit einigen Jahren auch eine zeitnahe bzw. „Live“-Berichterstattung möglich geworden. Dieser Trend manifestiert sich derzeit auf vielfältige Weise, z.B. auch in den „War Blogs“ (Glaser 2003), die die Berichterstattung der etablierten Medien live beobachten, auswerten und auf Einseitigkeiten, Widersprüche und „fehlende“ Nachrichten aufmerksam machen oder auch in den Live-Berichten von AktivistInnen vor Ort, die ihre Beobachtungen direkt via Internet⁴⁴ oder als transkribierte Telefon-Reportagen⁴⁵ in das alternative Nachrichtenetzwerk einspeisen.
- *Visualisierung:* Auch die Verwendung von Bildmaterial gewinnt in den alternativen Nachrichten zunehmend an Bedeutung; dazu gehört u.a. die Publikation von Opferfotos,⁴⁶ die vom Militär oder den etablierten Medien gemieden werden, sowie die Nutzung von Digitalkameras und Internet-

in einer Mail an die Campaign Against Sanctions on Iraq (www.casi.org.uk/discuss/2003/msg00457.html) mit allen notwendigen Quellen auf, dass das Blair-Dossier „Iraq – It’s Infrastructure Of Concealment, Deception And Intimidation“ vom 30. Januar weitgehend aus einem Bericht des Middle East Review aus September 2002 und zwei Artikeln des Jane’s Intelligence Review aus 1997 und 2002 plagiiert worden war. Diese Nachricht ging ab 15:53 GMT durch die internationalen Alternativmedien, während US-Außenminister Powell in seiner Rede vor der UNO (ab 15:30 GMT) genau dieses Dossier als Hauptbeleg für die Rechtfertigung eines neuen Irak-Krieges heranzog. Als erste überregionale Zeitung überhaupt griff der Guardian zwei Tage später diesen Skandal auf (White/Whitaker 2003). Oder: Ende Februar ermöglichte die exklusive Dokumentation der Military’s Embedding Guidelines (www.cpj.org/Briefings/2003/gulf03/embed.html) und des Ground Rules Agreement (<http://www.cpj.org/Briefings/2003/gulf03/CFLCC.html>) durch das Committee to Protect Journalists (www.cpj.org/) eine erste substantielle Auseinandersetzung mit den Arbeitsbedingungen für „eingebettete“ JournalistInnen in einem möglichen Irak-Krieg.

- 44 Siehe die aktuellen Features z.B. des Iraq Peace Team (www.iraqpeaceteam.org), von Kevin Sites (CNN-Journalist, www.kevinsites.net), Voices in the Wilderness (www.nonviolence.org/vitw/), Where is Read? (http://dear_raed.blogspot.com).
- 45 Siehe z.B. die zeitnahen Informationen unter <http://jerusalem.indymedia.org> im März 2002, als MenschenrechtlerInnen aus dem von israelischen Truppen belagerten Hauptquartier Arafats in Ramallah berichteten.
- 46 Z.B. aus dem Kosovo-Krieg 1999: Emperors Clothes (www.emperors-clothes.com) und das Alternative Information Network (www.greekhelsinki.gr); aus dem Krieg in Afghanistan 2001/2002: RAWA (www.rawa.org/us-bomb.htm); aus dem Irak-Krieg 2003: What really happened (www.whatreallyhappened.com), The Memory Hole (www.thememoryhole.org/index.htm).

Livestreaming zur visuellen Dokumentation von Ereignissen in Krisen- und Kriegsgebieten.⁴⁷

Diese Merkmale und die aktuelle Tendenz, dass sich z.B. immer mehr US-Bürger via Internet bei ausländischen, kritikstischen Nachrichten Anbietern über die politische Lage informieren, werfen die Frage auf, inwieweit alternative Informationsangebote zumindest in Krisenzeiten die Monopolstellung der etablierten Massenmedien in Frage stellen und welche Effekte dies mittel- und langfristig auf die zivilgesellschaftliche Kommunikation im und über Krieg haben wird.⁴⁸ Zur Zeit jedenfalls sorgt diese Informationsarbeit für Nachrichten aus erster Hand sowie unabhängige, glaubwürdige Analysen und dafür, dass schneller und verbindlicher denn je Beweise darüber vorliegen, wie die Öffentlichkeit systematisch über die Motive und Ziele des Krieges getäuscht wird. Diese Informationen werden wiederum von MultiplikatorInnen auf Kundgebungen, in Vorträgen oder selbst verlegten Publikationen weitergegeben an die Menschen, die keinen Zugang zum Internet haben. So entsteht ein „Nachrichtennetz von unten“, das unter den gegebenen Bedingungen als unentbehrlich für den Schutz der Meinungs- und Informationsfreiheit – der demokratischen Verfasstheit der Zivilgesellschaften – bewertet werden muss.

47 Vgl. z.B. www.mediachannel.org, www.freespeech.org; www.videoactivism.org; www.webactive.com und www.indymedia.org. Verschiedentlich werden bereits Hilfestellungen angeboten, wie NGOs ihre Inhalte und Aktivitäten audiovisuell im Netz präsentieren können; z.B. von Fairness and Accuracy in Reporting (www.fair.org/activism/activismkit.html) oder „The Ruckus Society's Media Manual for Activists“ (www.ruckus.org/man/media_manual.html).

48 Nur wenige alternative Informationsanbieter erheben bisher selbst Daten zum Nutzungsverhalten ihrer Klientel. Auch wird dieses neue Segment des „Nachrichtenmarktes“ bisher kaum wissenschaftlich erforscht. Erste aktuelle Einschätzungen (vgl. u.a. Gibson 2003a; Bölsche 2003; Gibson 2003b; Jenkins 2003) stützen aber die Vermutung, dass der Irak-Krieg zu erkennbaren Polarisierungen unter den Informationssuchenden geführt hat: Während in den USA einerseits z.B. Fox News – in Abgrenzung zu den anderen großen US-Networks – mit der „abendlichen Dauerwerbesendung für die Bush-Regierung“ im März/April „Zuwächse von mehreren hundert Prozent,“ (Hupertz 2003) verzeichnete, so wurden andererseits z.B. auch für die Internetangebote des – ausgewiesenen kritikstischen – britischen Guardian und der BBC seit 2002 „dramatische“ Quotensteigerungen gemessen, die jeweils begründet werden mit der wachsenden Nachfrage nach unabhängigen Nachrichten durch Internet-User aus den USA (Croad 2003, Putnam 2003). Auch das Alternativ-Medium „Alternet“ ermittelte im März eine „Rekordsteigerung“ seiner Leserschaft um 60 Prozent: auf 1,6 Millionen innerhalb von 30 Tagen (Alternet 2003).

Perspektiven: Informationspolitik für den Frieden

Das demokratische Potential dieser „Aufklärungs-Bewegung“ liegt nicht nur darin, dass die hier angebotenen Themen, Fragestellungen und Enthüllungen dazu beitragen, die Informationslage der kritikstischen BürgerInnen inhaltlich zu fundieren. Sie wirken zunehmend auch als gesamtgesellschaftliches Regulativ, indem sie den Druck auf die verantwortlichen Politiker und etablierten Medien verstärken, sich ‚unliebsamen‘ Fragen zu stellen.⁴⁹ Angesichts der aktuellen Informationskriegsstrategien muss die Verteidigung der Rechte der Zivilbevölkerungen auf unabhängige Information und Kommunikation sowie die Sicherung und Ausweitung ihrer politischen Partizipationsmöglichkeiten als vordringliche friedenspolitische Aufgabe betrachtet werden. Nur so wird gewährleistet, dass Aufklärung und Meinungsbildung zur Deeskalation in Krisen und Konflikten beitragen können. Denn gerade auch der jetzige Irak-Konflikt zeigt, dass das „Bild“, das sich die Öffentlichkeit von einem Krieg macht, zu keiner Zeit wirklich verbindlich ist; es hängt tatsächlich davon ab, wer die Macht hat, es zu prägen. Deshalb ergeben sich m.E. folgende Aufgaben für eine friedenspolitische Medienarbeit:

- die Etablierung unabhängiger Institutionen auf nationaler und internationaler Ebene, die die zivile und militärische Kriegs- und Krisenkommunikation wissenschaftlich beobachten und auswerten, um die Strukturen, Arbeitsweisen und Wirkungen friedenspolitischer Gegenöffentlichkeit zu erforschen und weiterzuentwickeln; um Einseitigkeiten, Selbstzensur und ‚blinde Flecken‘ in den Medien aufzudecken und ihnen entgegenwirken;

49 Dass ihr wachsender Einfluss die alternativen Informationsstrukturen und ihre ProtagonistInnen zudem verstärkt ins Fadenkreuz der Kriegsplaner rückt, unterstreicht die Erfordernis, sie zu unterstützen und vor politischen oder militärischen Übergriffen zu schützen: „New players, ranging from drug cartels to social activists, are taking advantage of the possibilities offered by the Information Age. ... Besides attacking opponents directly, these actors use the international news media to attempt to influence global public opinion and shape perceptions of a conflict. They even attempt to inflame dormant issues into conflicts that otherwise would not arise.“ Zit. nach U.S. Army Training and Doctrine Command (1996), Chapter 1, Threats to the Information Infrastructure/Nonstate Groups. Das konservative American Enterprise Institute hat in diesem Sommer eine Initiative mit dem Titel „NGO-Watch“ (www.ngowatch.org) gegründet, nach Naomi Klein (No Logo! 2002) eine „McCarthy-mäßige Schwarze Liste“, „die Märchen über jede NGO verbreiten soll, die es wagt, gegen die Politik der Bush-Administration aufzutreten oder internationale Vereinbarungen zu unterstützen, die das Weiße Haus ablehnt“. (PR Watch 2003.)

- und um die Strategien und Wirkungsweisen politisch-militärischer Kriegspropaganda zu verstehen und wirkungsvoll bekämpfen zu können.
- die Erarbeitung von Konzepten, die dazu beitragen, die zivile massenmediale Kommunikation im und über den Krieg zu entmilitarisieren, z.B. durch friedensjournalistische Ausbildungsprogramme, Policy Guides für Medienredaktionen in Kriegszeiten oder vielleicht sogar eine Art ‚hippokratischen Eid‘ für JournalistInnen und zivile PR-Fachleute usw., die sich der Zensur und den Propaganda-Offensiven der Politiker und Militärs entziehen wollen;
- die Formulierung von Vorschlägen für Gesetze und Konventionen zum Schutz der zivilen Informationssphäre vor einer Instrumentalisierung zum Zweck der Kriegsvorbereitung und Kriegsführung;
- die Realisierung nationaler und internationaler Projekte (friedensjournalistische Informationsagenturen, friedenswissenschaftliche Bildungsprogramme zu Themen wie Medienkompetenz, Mediengestaltung, Medienpräsenz usw.), die eine Vermittlungsfunktion zwischen Informationsanbietern und Informationssuchenden übernehmen und so die kriegskritische Öffentlichkeit stärken.

Literatur

- Alternet (2003): In Wartime, Independent Press Sees Unprecedented Growth. Presseerklärung vom 30.4.2003; www.alternet.org/press/4_03.html.
- Barber, Ben (1999): Group Will Battle Propaganda Abroad. In: Washington Times, 28. Juli 1999.
- Becker, Elisabeth (2001): The Campaign. In the War on Terrorism, a Battle to Shape Public Opinion. In: New York Times; 11.11.2001.
- Bell, Daniel: The Coming of Post-Industrial Society. New York 1973.
- Bölsche, Jochen (2003): Web for Peace. Widerstand gegen „Brainwashing“. In: Der Spiegel Online, 15. März 2003; www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518_240150,00.html.
- Brownstein, Ronald (2003): Americans Wary of War but Willing to Let Bush Wage It. In: Los Angeles Times, 4.2.2003.
- Bush, George (1991): Address to the Nation Announcing Allied Military Action in the Persian Gulf. 16.1.1991; In: George Bush Presidential Library and Museum; bushlibrary.tamu.edu/papers/1991/91011602.html.
- Byman, Daniel L. / Waxman, Matthew C. / Larson, Eric V. (1999): Air Power as a coercive Instrument. RAND Report MR-1061-AF, 1999; www.rand.org/publications/MR/MR1061/.
- Castells, Manuel (1996): The Network Society. Oxford 1996.
- Claßen, Elvira (1999a): Konstruktion von Medienrealität im Kosovo-Krieg. In: antimilitarismus information 7/99, Themenheft „Kosovo – NATO-Krieg in Europa“:

- 124-137; Nachdruck in: Telepolis, www.heise.de/tp/deutsch/special/info/6508/1.html. (30. 10.1999).
- Claßen, Elvira (1999b): Zwischen Kriegspropaganda und PR-Arbeit – Die Krisenkommunikation der Bundeswehr. In: Bundeskongress Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (Hg.): Rundbrief der BUKO-Kampagne „Stoppt Den Rüstungsexport!“. Dez. 1999, Ausg. Nr. 55: 14-22.
- Croad, Elisabeth (2003): US public turns to Europe for news. In: dot journalism. 21.2.2003; www.journalism.co.uk/news/story576.html.
- Dao, James / Schmitt, Eric (2002): Pentagon Readies Efforts to Sway Sentiment Abroad. In: New York Times, 19.2.2002.
- Department of Defense (1999): International Legal Issues In Information Operations. Mai 1999; www.infowar.com/info_ops/info_ops_061599a_j.shtml.
- Drucker, Peter (1969): Die Zukunft bewältigen. Düsseldorf/Wien 1969.
- Eikenberry, Karl W. (1996): Take No Casualties. In: Parameters 26/1996/2, Summer 1996.
- Fesperman, Dan (2001): Casualty aversion overcome by terror – Many Americans prepared to accept military loss of life. In: The Sun, 17.9.2001.
- Fleckenstein, Bernhard (1990): Streitkräfte in friedensbereiter Gesellschaft. In: Information für die Truppe. 1990/6: 5-24.
- Fogleman, Ronald R. (1996): Air Power and the American Way of War. Transkript der Rede auf dem Air Force Association Air Warfare Symposium, Orlando, 15.2.1996; www.af.mil/news/speech/current/Air_Power_and_the_American_.html.
- Frank, Andre G. (1991): The Gulf War and New World Order. 20.5.1991; csf.colorado.edu/agfrank/gulf_war.html.
- Frankfurter Rundschau (2000): Kollateral-Schaden würde ich heute nicht mehr sagen. Interview mit Jamie Shea. 17.3.2000.
- Gallup (2003): International Iraq Poll. Januar 2003; <http://www.gallup-international.com/docs/GIA%20press%20release%20Iraq%20Survey%202003.pdf>.
- Gibson, Owen (2003a): Spin caught in a web trap. In: The Guardian, 17.2.2003.
- Gibson, Owen (2003b): Demand for news pushes web traffic to record levels. In: The Guardian, 3.4.2003.
- Glaser, Mark (2003): War a Boon for News Sites, Blogs. So many viewpoints, so hard to connect. 20.3.2003; www.ojr.org/ojr/glaser/1048179927.php.
- Goffman, Erving (1983): Wir alle spielen Theater. München 1983.
- Habermas, Jürgen (1962): Strukturwandel der Öffentlichkeit. Neuwied/Berlin 1962.
- Hallin, Daniel C. / Gitlin, Todd (1992): Agon and Ritual: The Gulf War as Popular Culture and Television Drama. In: Political Communication, Special Issue: The Media and the Gulf War. Chicago 1992.
- Holbrooke, Richard (2001): Get the Message Out. In: The Washington Post, 28.10.2001.
- Holland, Keating (1999): Poll: Americans continue to support NATO strikes, but skepticism over success growing. 1.4.1999; www.cnn.com/ALLPOLITICS/stories/1999/04/01/poll/.
- Hupertz, Heike (2003): Faktor X. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.4.2003.
- Jäger, Wolfgang (1992): Fernsehen und Demokratie. München 1992.

- Jarren, Otfried (1994): Medien-Gewinne und Institutionen-Verluste? – Zum Wandel des intermediären Systems in der Mediengesellschaft. In: Jarren, Otfried (Hg.): Politische Kommunikation in Hörfunk und Fernsehen. Opladen 1994: 23-34.
- Jenkins, Henry (2003): Media Tonic for War Fever. 2.5.2003; www.technologyreview.com/articles/print_version/wo_jenkins050203.asp.
- Jensen, Robert (1992): The Illusion of Journalistic Neutrality in Coverage of the Persian Gulf War. In: Journal of Communication Inquiry, 16/1992/1, Winter: 20-32; uts.cc.utexas.edu/~rjensen/articles/fightingob.htm.
- Knightley, Phillip (2000): The first casualty: the war correspondent as hero, propagandist, and myth maker from the Crimea to Kosovo. London 2000.
- Langer, Gary (1999): Weary of War. Public Shows Fatigue With Kosovo Conflict. In: ABC News, 17.5.1999; abcnews.go.com/sections/world/DailyNews/kosovo_poll_99_0517.html.
- Lauterbach, Jörn (2003): Nur 9 Prozent der Deutschen für Krieg. Ginge es nach den Gallup-Umfragen, viele der Militärschlag gegen den Irak wohl aus. In: Die Welt, 4.4.2003.
- Little, Allan (2000): Moral Combat: NATO at War. BBC2 Special, Transkript, 12.3.2000; http://news.bbc.co.uk/1/hi/english/static/events/panorama/transcripts/transcript_12_03_00.txt.
- Luhmann, Niklas (1984): Soziale Systeme. Frankfurt/Main 1984.
- Ludes, Peter (1993): Von der Nachricht zur News Show: Fernsehnachrichten aus der Sicht der Macher. München 1993.
- Mast, Claudia (1991): Kriegsspiele auf dem Bildschirm – Anmerkungen zur Berichterstattung über den Golfkrieg. In: Bertelsmann Briefe, Nr. 126/1991: 22-29.
- McQuail, Denis (1994): Mass Communication Theory. Sage Publications, London 1994.
- Meyrowitz, Joshua (1987): Die Fernsehgesellschaft – Wirklichkeit und Identität im Medienzeitalter. Weinheim/Basel 1987.
- Mueller, Karl P. (2000): Politics, Death, and Morality in US Foreign Policy. In: Aerospace Power Journal Volume XIV, No. 2, Summer 2000.
- Müller, Harald (2001): Sind Demokratien wirklich friedlich? Zum neuen Forschungsprogramm der HSFK „Antinomien des demokratischen Friedens“. In: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (Hg.): HSFK-StandPunkte 2/2001.
- Münch, Richard (1986): Die Kultur der Moderne. Frankfurt/Main 1986.
- NATO Press Release (1999): NATO Press Conference by NATO Spokesman, Jamie Shea, Air Commodore David Wilby and Commander Fabrizio Maltinti, SHAPE. 8.4.1999; www.nato.int/kosovo/press/p990408a.htm.
- Neue Zürcher Zeitung (2000): Zwischen Information und Propaganda. Der deutsche Geheimdienst und „Information Warfare“. 19.12.2000.
- Neuman, Johanna (1996): Lights, Camera, War. Is Media Technology Driving International Politics? New York 1996.
- Nickel, Volker (1999): Mehrwert Werbung: Ökonomische und soziale Effekte von Marktkommunikation. Zentralverband der deutschen Werbewirtschaft (Hg.).
- n-tv: Zögern und Zaudern. Front gegen Irak bröckelt. Pressemeldung vom 9.1.2003; www.n-tv.de/3092434.html.

- Nye, Joseph (2002): Why military power is no longer enough. In: The Observer, 31.3.2002.
- Office of the Press Secretary: President Delivers State of the Union Address. 29.1.2002; www.whitehouse.gov/news/releases/2002/01/20020129-11.html.
- Office of the Press Secretary: Remarks by the President Upon Arrival The South Lawn. 16.9.2001; www.whitehouse.gov/news/releases/2001/09/20010916-2.html.
- Office of the Undersecretary for Defense: The Creation and Dissemination of All Forms of Information in Support of Psychological Operations (PSYOP) in Time of Military Conflict. Report of the Defense Science Board Task Force. Mai 2000; www.acq.osd.mil/dsb/psyop.pdf.
- Pachios, Harold C. (2002): Hearing to Examine U.S. Understanding of Arab Social and Political Thought. Testimony before the Committee on Government Reform, Subcommittee on National Security, Veterans Affairs and International Relations. Washington, DC, 8.10.2002; www.state.gov/r/adcompd/rls/14230.htm.
- Pattiz, Norman J. (2001): Statement. In: Committee on International Relations. House of Representatives (Hg.): The message is America: Rethinking U.S. Public Diplomacy. Washington: 1-3; 14.11.2001: 6-11; www.house.gov/international-relations.
- Plake, Klaus / Jansen, Daniel / Schuhmacher, Birgit (2001): Öffentlichkeit und Gegenöffentlichkeit im Internet. Politische Potentiale der Medienentwicklung. Opladen 2001.
- Preston, Shelley (1994): Swords and Ploughshares: Electronic Global Networking and the NGO Movement: The 1992 Rio Summit and Beyond. A Chronicle of International Affairs 3/1994/2, Spring, www.globalpolicy.org/ngos/role/policymk/internet/2000/131100.htm.
- Program on International Policy Attitudes (PIPA) (1999): Americans on Kosovo: A Study of US Public Attitudes. 19. Mai 1999; pipa.org/OnlineReports/Kosovo/kosovo.html.
- PR Watch: No Go for NGOs. 22.6.03; www.prwatch.org/spin/June_2003.html.
- Putnam, Elisabeth (2003): Foreign news sites a hit as war looms. In: Wausau Daily Herald. 9.2.2003.
- Richman, Alvin (1999): Sizable Majority of U.S. Public Still Supports Airstrikes. 5.5.1999; www.fas.org/man/dod-101/ops/docs99/990505-kosovo-usia07.htm.
- Rilling, Rainer (1999): Das Internet als Kommunikationsmedium für politische Organisationen. Juni 1999, www.rosalux.de/Bib/VBib/Texte/Rilling/Rilling001.htm.
- Ronfeldt, David / Arquilla, John (1999): What if there is a Revolution in Diplomatic Affairs? United States Institute of Peace (Hg.): 25.2.1999; www.usip.org/vdi/vdr/ronarqISA99.html#advance.
- Sarcinelli, Ulrich (1994): Mediale Politikdarstellung und Politisches Handeln. In: Jarren, Otfried (Hg.): Politische Kommunikation in Rundfunk und Fernsehen. Opladen 1994: 35-50.
- Schmitt, Eric (2002): Pentagon May Eliminate New Office of Influence. New York Times, 25.2.2002.
- Schulz, Winfried (1987): Politikvermittlung durch Massenmedien. In: Sarcinelli, U. (Hg.): Politikvermittlung. Beiträge zur politischen Kommunikationskultur in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn 1987: 129-144.

- Scott, Catherine (2003): Americans aren't consumers who have to be sold on war. In: The Atlanta Journal-Constitution, 22.1.2003; www.accessatlanta.com/ajc/opinion/0103/22/marketing.html.
- Smith, Terence (2002): Reaching Out: Examining U.S. government efforts to counter anti-American sentiment in the Arab world through broadcasts and ad campaigns. In: PBS, 18.2.2002; www.pbs.org/newshour/bb/media/jan-june02/public_2-18.html (Transkript).
- Snow, Nancy (1998): The Smith-Mundt Act of 1948: A Fifty-year Legacy of U.S. Propaganda. In: Peace Review, Vol. 10, Nr. 4, Dezember 1998; www.snow-machine.com/smith.html.
- Solomon, Norman (2001): The nation's Fourth Estate is functioning largely as a fourth branch of government. In: Z Magazine, Dezember 2001; www.accuracy.org/zmag1101.htm.
- Tangens, Rena / Padeluun (1997): Kommunikation statt Konfrontation. Zamir Transnational Network. Das Netzwerk der Antikriegsbewegung im ehemaligen Jugoslawien. 26.10.1997; www.padeluun.de/TEXTE/zamir.html.
- The Ad Council: Campaigns That Have Made A Difference. I am an American (2001 - Present); www.adcouncil.org/campaigns/historic_campaigns.
- The Air Force Association (1999): Verbatim. 18.7.1999; www.afa.org/magazine/verbatim/balkans_verbatim.html.
- The Americans and the World Website / Program on International Policy Attitudes: General Support for Military Action. 14.1.2002; www.americans-world.org/digest/global_issues/terrorism/terrorism_milAct.cfm.
- The Americans and the World Website/Program on International Policy Attitudes: General Support for Military Action. Dezember 2001; www.americans-world.org/digest/global_issues/terrorism/data_milAct.cfm.
- The Overseas Presence Advisory Panel: America's Overseas Presence in the 21st Century. Report of the Overseas Presence Advisory Panel, November 1999. In: U.S. Advisory Commission on Public Diplomacy: Consolidation of USIA Into The State Department: An Assessment After One Year. Oktober 2000; www.state.gov/www/policy/pdadcom/acpdreport.pdf.
- The Polling Report: Iraq. März 2003; www.pollingreport.com/iraq4.htm.
- The Polling Report: Iraq. Februar 2003; www.pollingreport.com/iraq.htm.
- The Polling Report: Iraq. Oktober 2002; www.pollingreport.com/iraq5.htm.
- The Polling Report: War on Terrorism. November 2001; www.pollingreport.com/terror3.htm.
- The Polling Report (1999): Serbia/Yugoslavia. Mai 1999; www.pollingreport.com/serb9905.htm.
- The Polling Report (1999): Serbia/Yugoslavia. Feb.-March 1999; www.pollingreport.com/serb9904.htm.
- The UK Ministry of Defence: Kosovo. Lessons from the Crisis. June 2000; www.kosovo.mod.uk/lessons/.
- U.S. Air Force (1999): Psychological Operations. Air Force Doctrine Document 2-5.3. 1999; www.hqafdc.maxwell.af.mil/Library/Doctrine/afdd2-5-3.pdf.
- U.S. Army Training and Doctrine Command: Information Operations. Field Manual 100-6. 1996; www.fas.org/irp/doddir/army/fm100-6/.

- U.S. Department of State's Office of International Information Programs: Lieberman Outlines Long-Term Strategy to Deal with Terrorism. 14.1.2002; usinfo.state.gov/topical/pol/terror/02011407.htm.
- Washington Post: Washington Post-ABC News Poll: Kosovo and Gun Laws. 18.5.1999.
- Wassermann, Rudolf (1986): Die Zuschauerdemokratie. München 1986.
- White, Michael / Whitaker, Brian (2003): British 'intelligence' lifted from academic articles. In: The Guardian, 7.2.2003.
- Woodley, R. Ross (2000): Unmanned Aerial Warfare: Strategic Help Or Hindrance? Juni 2000; www.au.af.mil/au/database/research/ay2000/saas/woodley.htm.